

AUSSENANSICHT

Die Wohlfühl-Regierung

Warum die Deutschen große Koalitionen so lieben – und warum das für die Demokratie nicht immer gut sein muss. *Von Andreas Wirsching*

Die Deutschen, so wird ihnen zumindest nachgesagt, mögen keine politischen Konflikte; und geradezu allergisch reagieren sie, wenn sich der Streit als „Parteiengenzänk“ darstellt. Dem entspricht jene „Parteienprüderie“, die der sozialdemokratische Staatsrechtler Gustav Radbruch schon für die Weimarer Republik diagnostizierte: der Unwille nämlich, Parteien als legitime Organe politischer Willensbildung zu akzeptieren.

In der Weimarer Zeit suchte die parlamentarische Elite gegen diesen Unwillen ein Rezept und fand es in der großen Koalition. Zwar regierte eine große Koalition von der SPD bis zur großbürgerlich-liberalen Deutschen Volkspartei (DVP) damals nur wenige Jahre, nämlich 1923 und von 1928 bis 1930. Aber die Mehrheit der demokratischen Politiker bedauerte dies. Viele erhoben die Idee der großen Koalition zum Maß aller Dinge, wenn es um die Überlebensfähigkeit des stets prekären Weimarer Parlamentarismus ging. Eine große Koalition, die alle relevanten republikanischen Parteien einschloss – das war auch der Wunsch, den Widrigkeiten des Parteiensystems zu entgehen. Tatsächlich geriet die Idee der großen Koalition zur parlamentarischen Ersatzkonstruktion für die vertraute Fiktion einer obrigkeitstaatlichen Regierung „über den Parteien“. Die Idee der großen Koalition war im Grunde systemwidrig und trug dazu bei, den Weimarer Parlamentarismus zu lähmen.

Konrad Adenauers berühmtes Manöver, 1949 die allgemein favorisierte große Koalition mit der SPD zu verwerfen und statt dessen eine kleine Koalition mit einer Mini-Mehrheit aus CDU/CSU, FDP und Deutscher Partei zu schmieden, bedeutete den Bruch mit dieser ebenso mächtigen wie problematischen parlamentarischen Tradition. Für die Ära Adenauer war es das Erfolgsrezept. Als dann 1966 die christlich-liberale Koalition zerbrach und eine große Koalition das Ruder übernahm, markierte dies eine tiefe Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik. Skeptiker beeilten sich denn auch, den erneuten Einbruch einer für den Parlamentarismus systemwidrigen Praxis zu beklagen: Wieder gewinne die Parole von einer Regierung „über den Parteien“ an Attraktivität.

Bei den Wählern wurde die große Koalition unterdessen immer beliebter: Karl Schiller, sozialdemokratischer Wirtschaftsminister, und Franz Josef Strauß, christlich-sozialer Finanzminister – im Volksmund liebevoll „Plisch und Plum“ genannt –, hatten die Dinge doch anschei-

nend vorbildlich im Griff. In kurzer Zeit bannte die Regierung der großen Koalition das neu aufgetauchte Gespenst der Massenarbeitslosigkeit und ging mit ebensolcher Entschlossenheit die offenkundigen Haushaltsprobleme an. Dass ihr im Bundestag nur noch eine winzige Opposition entgegenstand, schien kein Problem zu sein. Wahrscheinlich hätte es die Öffentlichkeit auch akzeptiert, wenn die Regie-

Immerhin: Union und SPD verstehen es, sich ordentlich miteinander zu zanken

gung ihren vorübergehend gehegten Plan verwirklicht hätte, das Mehrheitswahlrecht einzuführen und der FDP damit das Lebenslicht auszublasen. Erst das machtvolle Auftauchen der APO, der „Außerparlamentarischen Opposition“, und der Kampf um die Notstandsgesetze hüllten die große Koalition in ein Zwielicht.

Trotzdem hat sich diese erste große Koalition der Nachkriegszeit als Erfolg in die

Geschichte der Bundesrepublik eingeschrieben. Das mag auch an ihrer verhältnismäßig kurzen Laufzeit liegen. Nach knapp drei Jahren ging man für mehr als drei Jahrzehnte wieder zur Tagesordnung der kleinen Bündnisse über, und das Land hatte stabile Regierungsmehrheiten. In der großen Koalition von 1966 bis 1969 erkannte man rückblickend die große Ausnahme: Sie passte eigentlich nicht wirklich ins System, hatte sich aber doch als produktive Anomalie erwiesen.

Die Neuauflage der großen Koalitionen ist ein Spezifikum der Berliner Republik. Dass Berlin in der Tat nicht Bonn, allerdings auch nicht Weimar ist, lässt sich unter anderem an der Entwicklung der Parteienlandschaft ablesen. Es sitzen mehr Parteien im Bundestag, die Polarisierung hat zugenommen. Das erschwert die Regierungsbildung. Und auch das Wahlverhalten hat sich geändert: Weniger Wähler fühlen sich an eine bestimmte Partei gebunden. Durch diese Entwicklungen wird einerseits das „Parteiengenzänk“ lauter, andererseits eröffnet es aber auch neue Bünd-

nisoptionen wie Schwarz-Grün oder Rot-Rot-Grün. Fast scheint es so zu sein, als wollten die Wähler die Parteien sogar nötigen, aus alten Lagern auszubrechen und etwas Neues zu probieren. Einstweilen herrscht allerdings zumindest auf Bundesebene noch die Skepsis gegenüber solchen Innovationen vor, während zugleich die Versuchung steigt, den scheinbar sicheren Hafen der großen Koalition anzusteuern. Im ganzen Verlauf des Wahljahres 2013 erfreute sie sich der höchsten demokratischen Zustimmungswerte; in der Zeit zwischen Bundestagswahl und Regierungsbildung favorisierten phasenweise bis zu zwei Drittel der Deutschen die Bildung einer großen Koalition.

Ein Grund dürften die guten Erinnerungen an die große Koalition von 2005 bis 2009 sein, die sich vor allem durch die Art und Weise, wie sie der ersten Finanzkrise entgegentrat, gute Noten verdiente. Ob sich das damalige Wohlfühlmodell aber wiederholen lässt, ist zweifelhaft. So zählt die Opposition heute deutlich weniger Sitze, so wenige, dass sie aus eigener Kraft nicht einmal in der Lage wäre, parlamentarische Untersuchungsausschüsse einzuberufen, sondern hierfür eines besonderen „Minderheitenschutzes“ durch Bundestagspräsidium und Ältestenrat bedarf. Nimmt man hinzu, dass in der politischen Praxis ohnehin die Exekutive dominiert und von der meist bloß apparativen Zustimmung der Fraktionen lebt, so drohen

der demokratischen Gesellschaft Gefahren: Die große Koalition könnte demokratische Konflikte stilllegen, den Parlamentarismus zugunsten großer Koalitionsrunden und anderer informeller Gremien lähmen – und schließlich außerparlamentarisch-populistische Protestbewegungen bestärken.

Gegen solche Gefahren hilft in der repräsentativen Demokratie letztlich nur das politische „Parteiengenzänk“. Zwar hat die große Koalition in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon unter Beweis gestellt, dass sie durchaus in der Lage ist, selbiges aus sich selbst heraus zu produzieren. Aber man wünscht sich doch, dass aus den Meinungsverschiedenheiten der Großkoalitionäre künftig wieder kleinere Bündnisse hervorgehen. Diese könnten dann auch wieder den Pendelschlag zwischen Regierung und Opposition gewährleisten. So wie es im demokratischen System dieses Landes vorgegeben ist.



Andreas Wirsching, 54, ist Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München/Berlin und Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München. FOTO: DPA